

22. November 1976

8000 München 19
Lazarettstraße 33
Telefon 123-1

Liebe Parteifreunde !

Die aus 53 Abgeordneten bestehende Landesgruppe der CSU des 8. Deutschen Bundestages in Anwesenheit von 50 Abgeordneten und unter beratender Beteiligung einer Reihe von CSU-Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestages hat am Freitag, den 19.11.1976 gegen 12.30 Uhr mit 30 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme in geheimer schriftlicher Abstimmung den Beschluß gefaßt, in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine eigene Fraktion zu bilden.

Die Tagung begann in Wildbad Kreuth am 18.11.1976 um 15.00 Uhr und endete am 19.11.1976 um 12.30 Uhr. Die Diskussion dauerte rund 10 Stunden; es kamen 47 Abgeordnete zu Wort, einige mehrmals.

Das Thema der Klausurtagung wurde vom Parteivorsitzenden einleitend mit folgenden drei Fragen umrissen:

- 1) das weitere Verhältnis der CSU zur CDU;
- 2) die Strategie der CDU und CSU gegenüber der FDP;
- 3) die Gestaltung der politischen Landschaft im Hinblick auf eine absolute Mehrheit der Unionsparteien im Jahre 1980, wofür die Weichen frühzeitig gestellt werden müssen.

Bei der Wahl des Vorstandes der CSU-Landesgruppe für den 8. Deutschen Bundestag am 15.11.1976 in Bonn hatte Franz Josef Strauß als Sitzungsleiter ausdrücklich erklärt, die Wahl des CSU-Landesgruppenvorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Parlamentarischen Geschäftsführers und der weiteren Vorstandsmitglieder erfolge "für jede künftig denkbare Organisationsform der CSU-Landesgruppe".

Die 10-stündige Diskussion am 18./19.11.1976 erfolgte ohne Begrenzung der Redezeit, von der Öffentlichkeit abgeschirmt und in völliger gegenseitiger Offenheit. Jede auch nur denkbare Pressure oder Manipulation war durch die geheime Abstimmung mit verdeckten Stimmzetteln, die eigenhändig in einen Briefumschlag gesteckt werden mußten, ausgeschlossen. Dieses Verfahren wurde gewählt, obwohl mehrere Diskussionsteilnehmer eine offene und namentliche Abstimmung gefordert hatten.

Die getroffene Entscheidung war für niemanden in- und außerhalb der CSU vorhersehbar.

Im Verlauf der Diskussion stellte sich eindeutig heraus, daß diese Klausurtagung auch über die Fortsetzung oder Nichtfortsetzung der gemeinsamen Fraktion im Deutschen Bundestag beschließen würde. Seit 1949 gilt die Fraktionsgemeinschaft immer als ein Vertrag über 4 Jahre, der zu Beginn einer jeden Legislaturperiode von neuem ausgehandelt werden muß. Es ist deshalb falsch, von einer Trennung zu sprechen, auch wenn dieser Ausdruck verständlicherweise gebraucht wurde.

Es handelt sich um die Nichtfortsetzung einer Organisationsform, die in den letzten 2 Legislaturperioden für die Union als Oppositionsparteien arbeitsmäßig immer unergiebig wurde und politisch nicht optimal war.

Eine Information über das zu erwartende Ergebnis konnte weder Gremien der CSU noch der CDU vorher mitgeteilt werden. Nach dem Grundgesetz nur ihrem Gewissen verpflichtete Abgeordnete der CSU-Landesgruppe mußten diese Entscheidung – redlich, demokratisch und rechtlich einwandfrei – allein treffen.

Eine für 12.30 Uhr am Freitag, den 19.11.1976, im Hotel Überfahrt in Rottach-Egern einberufene Pressekonferenz begann mit einer Verspätung von 45 Minuten, weil genau um diese Zeit erst die Sitzung der Landesgruppe, bei der niemandem das Wort abgeschnitten werden sollte, in Wildbad Kreuth beendet war.

Noch während der Bekanntgabe des Ergebnisses eilten mehrere der ca. 50 anwesenden Journalisten an die Telefone, so daß nach Beendigung der Pressekonferenz um ca. 14.45 Uhr alle Telefone des Hotel "Überfahrt" blockiert waren. Nur aus diesem

Grunde konnte der Parteivorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, von Rottach aus nicht sofort erreicht werden. Ab 15.45 Uhr versuchte Dr. Zimmermann ihn von München aus in Bonn und Mainz zu verständigen, wo jedoch ebenfalls sämtliche Telefone blockiert waren. Um 16.00 Uhr gelang es, den Persönlichen Referenten von Dr. Helmut Kohl, Dr. Bergsdorf, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zu erreichen. Er wurde gebeten, einen Rückruf Helmut Kohls zu vermitteln, weil es unmöglich sei, telefonisch durchzukommen. Dr. Bergsdorf sagte dies von sich aus zu.

Ein Anruf in der Wohnung Zimmermanns erfolgte jedoch nicht. Aus diesem Grunde versuchte Fritz Zimmermann ab 16.30 Uhr Helmut Kohl wieder zu erreichen, was erst gegen 17.00 Uhr in der Staatskanzlei in Mainz gelang. Zimmermann schilderte den Ablauf der Tagung, erklärte die Gründe für die gefallene Entscheidung, begründete ausdrücklich die Unmöglichkeit einer früheren persönlichen Verständigung und schlug sofort eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU im Deutschen Bundestag vor. Ausdrücklich wurde in diesem Gespräch ein gemeinsames Kooperations-Gremium als Dach über den beiden künftigen Oppositions-Fraktionen vorgeschlagen sowie ein Gesprächstermin für diese Woche vereinbart. Eine Beschwerde von Helmut Kohl, diesen Beschluß erst über die Agenturen erhalten zu haben, erfolgte nach dieser begründeten Erklärung von Fritz Zimmermann, für die es mehrere Zeugen gibt, nicht.

Die Gründe für den Entschluß der CSU-Abgeordneten des 8. Deutschen Bundestages, wie sie aus der erschöpfenden Diskussion hervorgegangen sind, sind im wesentlichen folgende:

1. Nirgendwo ist erkennbar, daß es gelingen könnte, die FDP während der nächsten Legislatur-Periode bis 1980 als Koalitionspartner zu gewinnen — dieser Meinung waren sämtliche Abgeordnete der CSU.
2. SPD und FDP haben 1969, 1972 und 1976 gegen die CDU und CSU-Regierungskoalitionen gebildet und werden voraussichtlich mindestens 11 Jahre — bis 1980 höchstwahrscheinlich aber länger — die Bundesrepublik Deutschland regieren.

3. Angestrebte FDP/CDU-Koalitionen im Saarland und in Niedersachsen besitzen offensichtlich nach den Erklärungen führender FDP-Politiker vorwiegend Alibi-Charakter für die Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition in Bonn und verfolgen den Zweck, die Mehrheit von CDU und CSU im Bundesrat zu zerstören, wie bereits bei der letzten Abstimmung über das Datenschutzgesetz geschehen, wo vier Unionsländer für mehr Schutz der Bürger gegen behördliche Überwachung gestimmt, aber die zwei CDU-regierten Länder Niedersachsen und Saarland mit SPD und FDP zusammen dieses Gesetz durchgesetzt haben.
4. CDU und CSU haben in 27 Jahren und in 8 Bundestagswahlen nur einmal, bei der legendären Konrad-Adenauer-Wahl im Jahr 1957, die absolute Mehrheit von 50,2 % erreicht. Solange die FDP eine nationalliberale Partei war, konnten CDU und CSU mit ihr eine Koalition bilden. Seit die FDP eine Linkspartei geworden ist, muß man die Dinge nüchtern und realistisch sehen. Auch 1976 haben CDU und CSU die Wahlen verloren, weil SPD und FDP zehn Mandate mehr haben.

Auf die Frage nach einer Änderung dieses für die Bundesrepublik und für das freie Europa bedrohlichen Zustandes ist von der CDU leider jede Antwort verweigert oder darauf hingewiesen worden, daß man es bei den jeweils nächsten Wahlen schon schaffen werde.

5. Die CSU hat ihr bestes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949 am 3.10.1976 mit 60 % erreicht, während die CDU in mehreren Bundesländern weit unter den angekündigten Ergebnissen blieb, so daß aus diesem Grunde die Mehrheit im Bundestag nicht erreicht wurde.
6. Eine Erwartung, CDU und CSU könnten bis 1980 die absolute Mehrheit erreichen oder bis dahin die FDP gewinnen, muß als bloße, durch nichts begründete Selbsttäuschung angesehen werden.
7. CDU und CSU hatten in einer gemeinsamen Fraktion in der Opposition seit 1969 weitaus weniger Redezeit als die Bundesregierung mit den Koalitionspartnern SPD und FDP.

8. CDU und CSU als zwei selbständige Oppositions-Fraktionen haben wesentlich mehr Redezeit im Plenum des Bundestages als bisher, ihre Darstellungsmöglichkeiten werden fast verdoppelt.
9. Die CSU stellt künftig den ersten Redner ihrer Fraktion wann und wo sie will, während bisher die CSU-Abgeordneten als zweite und dritte Redner der Gesamt-Fraktion rangierten und — außer Franz Josef Strauß — im öffentlichen Meinungsbild vielfach untergingen. Das soll in Zukunft anders werden.
10. Die Abgeordneten der CSU erhalten künftig wesentlich mehr Möglichkeit, die CSU und sich selbst zu profilieren und den CSU-Standpunkt zur Geltung zu bringen, als das bisher möglich war. Vor allem soll den jungen Abgeordneten der Fraktion Gelegenheit geboten werden, sich parlamentarisch stärker darzustellen und ihren Beitrag zur gemeinsamen Politik zu leisten.
11. Die CSU als eigene Fraktion und die aus dem Bundesetat finanzierte Hanns-Seidel-Stiftung erhalten wesentlich mehr finanzielle Mittel als bisher und können ihre Aufgaben und ihre Operationsbasis erheblich erweitern, die bisher trotz jahrelanger Versuche nicht beseitigte Benachteiligung wird in Zukunft wegfallen.
12. CSU und CDU haben bisher im Präsidium des Bundestages zusammen zwei Mitglieder — nun erhält die CDU zwei Vize-Präsidenten, die CSU einen Vize-Präsidenten, die SPD einen Präsidenten und einen Vize-Präsidenten und die FDP einen Vizepräsidenten, so daß im Präsidium des Bundestages das Stimmenverhältnis 3 : 3 gegenüber bisher 3 : 2 ist. Das wiegt den Verlust des Bundestagspräsidenten wieder auf.
13. Die CSU hat der CDU sofort in dem Gespräch mit Helmut Kohl ein gemeinsames Gremium zur Koordinierung der Oppositionspolitik im Bundestag vorgeschlagen. Stand bisher unter Gesetzentwürfen der gemeinsamen Fraktion: "Carstens, Stücklen und Fraktion", so kann künftig ohne weiteres darunter stehen: "Kohl und Fraktion, Zimmermann und Fraktion".

Fritz Zimmermann hat über dpa am 20.11.1976 erklärt: "Wir werden in vielen, vielleicht in den meisten politischen Fragen einer Meinung sein und zahlreiche gemeinsame Initiativen, Gesetzesvorlagen u.a. gemeinsam starten – in einigen Fragen vielleicht anderer Meinung sein".

14. Die bisherigen Reaktionen von CDU-Politikern sind in der Sache verfehlt, politisch unüberlegt und dem gemeinsamen Ziel schädlich.

Die politischen Gegner sind und bleiben Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt und die FDP. Wer das nicht begreift, der übersieht, daß das Festhalten an überlebten Organisationsformen weniger wichtig ist, als die Verbreiterung der eigenen Front für künftige Siege. Die CSU hat bisher zum gemeinsamen Wahlergebnis der Unionsparteien den größten Beitrag geleistet. Ein Kampf gegen die CSU und ihre Führung kann nur SPD und FDP nützen.

Die CSU ist in der Öffentlichkeit in der Darstellung ihres klaren politischen Standpunktes immer dadurch in Schwierigkeiten und in die Gefahr der Unglaubwürdigkeit geraten, weil sie immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß eine große Zahl prominenter Politiker und Abgeordneter der CDU einen gegenteiligen Standpunkt vertrete.

Franz Josef Strauß hat schwersten Herzens beispielsweise im Mai 1972, als der Zerfall der Fraktion in 2/3-Nein-Sager und 1/3-Ja-Sager zu den Ostverträgen nach jahrlangen Beteuerungen gemeinsamer Ablehnung erkennbar wurde, den schmerzlichen Vorschlag der gemeinsamen Stimmenthaltung gemacht, um das hohe Gut der Einheit der Fraktion zu erhalten.

Jeder weiß, daß die von der Führung der CSU angestrebte und durchgesetzte Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Grundlagenvertrag sich als ein wichtiger politischer Erfolg erwiesen hat, der eine zentrale Position im Kampf gegen die rechtliche Teilung Deutschlands bedeutet. Jedermann weiß, daß die Glaubwürdigkeit der CDU/CSU im Wahlkampf gegen die erste unmögliche Fassung der Polenverträge schon dadurch halb zerstört war, daß 14 prominente Abgeordnete der CDU für diese Verträge gestimmt haben.

15. Der Parteivorsitzende der CSU und der Fraktionsvorsitzende der CSU im Deutschen Bundestag erklären hier und heute, daß der Beschluß der CSU-Landesgruppe einzig und allein dem Zweck dient, die Unions-Parteien zur absoluten Mehrheit zu führen.
16. Die Stellungnahme Helmut Kohls am 20.11.1976, er und die CDU hätten ein Mandat für die ganze Bundesrepublik Deutschland, können wir nur mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Festzustellen ist, daß Helmut Kohl Bundeskanzler geworden wäre, wenn die CDU, vor allem auch im nördlichen Teil der Bundesrepublik für ihn dieselbe Popularität erkämpft hätte wie die CSU in Bayern.
17. Dieses Mandat haben CDU und CSU gemeinsam erhalten, wobei die CSU unbestritten den klarsten Auftrag mit der höchsten Mehrheit erhalten hat.
18. Der Beschluß der 50 CSU-Abgeordneten des 8. Deutschen Bundestages hat mit einer Veränderung der Wählerlandschaft in der Bundesrepublik naturgemäß etwas zu tun, jedoch nichts mit der Gründung einer bundesweiten CSU.

Franz Josef Strauß hat Helmut Kohl unzählige Male darauf aufmerksam gemacht, daß eine politische Operationsbasis gewonnen werden muß, um alle gegen die Fortsetzung der sozialistischen Regierungsmehrheit gewinnbaren Wähler zu mobilisieren, denn diese sind in der Bundesrepublik die Mehrheit – und trotzdem regiert Helmut Schmidt.

19. Führende CDU-Politiker müssen endlich aufhören, wegen politischer Überlegungen, die sich ausschließlich mit dem Ziel der Beendigung der SPD/FDP-Herrschaft in der Bundesrepublik befassen, in völliger Verkennung der wirklichen Lage "Strafexpeditionen" gegen die CSU anzudrohen, denn weder in Bayern, noch in Baden-Württemberg, noch in Rheinland-Pfalz, noch in Hessen haben die Wahlergebnisse Anlaß zu solchen Überlegungen gegeben, wohl aber in den Bundesländern, deren Wahlausgang Helmut Kohl als Kanzler verhindert hat.

Wir bitten Sie, liebe Parteifreunde, als die Mandatsträger und Vorsitzenden der CSU, unseren Mitgliedern und Ihren Verbänden den Beschluß der CSU-Abgeordneten des 8. Deutschen Bundestages zu erläutern. Die zuständigen Gremien der CSU werden sich selbstverständlich in nächster Zukunft mit dieser Entscheidung befassen und sie gründlich und offen diskutieren.

Die CSU hat 1974 in der Landtagswahl und 1976 in der Bundestagswahl die weitaus besten Ergebnisse ihrer 30-jährigen Geschichte erreicht. Sie, liebe Parteifreunde, dürfen versichert sein, daß die Abgeordneten der CSU des 8. Deutschen Bundestages ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen, nicht aus persönlichem Ehrgeiz getroffen haben und keinesfalls, um CDU und CSU zu spalten. CDU und CSU waren und sind zwei selbständige Parteien und wären das auch ohne diesen Beschluß geblieben. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen kann auf andere Weise, aber mit größerer Wirksamkeit fortgesetzt werden, wenn die CDU das will. Wir sind dazu bereit.

Wir bitten Sie herzlich um Solidarität. Bewahren wir die Einheit der erfolgreichsten Partei, die Bayern und die Bundesrepublik je hatten, die Einheit der CSU.

Die Betroffenheit, mit der SPD und FDP diesen Schritt aufgenommen haben, vor allem der Kommentar des Altmeisters politischer Taktik und Strategie, Herbert Wehner, hier handle es sich um einen "schwerwiegenden, noch nicht übersehbaren taktischen Schritt, an deren Ziel die Verdrängung der Sozialdemokraten aus der Regierung im Bund und eine lange Isolierung der SPD" stehe, sollte Ihnen zeigen, daß damit ein Signal in der deutschen Politik durch unsere Partei gesetzt worden ist.

Wir bitten Sie, diese mutige, politisch notwendige und im Interesse der deutschen Politik geschichtliche Entscheidung zu unterstützen.

Zur Diskussion stehen wir Ihnen uneingeschränkt zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen



Franz Josef Strauß



Dr. Friedrich Zimmermann